



<https://biz.li/2dp6>

RESOLUTION DER KASSENÄRZTLICHEN VEREINIGUNG ANLÄSSLICH DER GESUNDHEITSMINISTERKONFERENZ IN TRAVEMÜNDE

Veröffentlicht am 13.06.2024 um 07:39 von Redaktion Stodo.NEWS

Die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein

(KVSH) reklamiert, dass niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten durch eine überbordende Bürokratie, unzureichende Finanzierung und eine unausgereifte Digitaltechnik immer stärker belastet werden. Das gefährdet die bewährte wohnortnahe und flächendeckende Patientenversorgung.

Anlässlich der Konferenz der Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister der Länder in Lübeck-Travemünde hat die Abgeordnetenversammlung der KVSH eine Resolution verabschiedet, um auf die schwierige Lage in den Praxen aufmerksam zu machen.

Niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten werden durch eine überbordende Bürokratie, unzureichende Finanzierung und eine unausgereifte Digitaltechnik immer stärker belastet. Das gefährdet die bewährte wohnortnahe und flächendeckende Patientenversorgung.

Die Abgeordnetenversammlung appelliert an die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister der Länder, sich für einen sofortigen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik der Bundesregierung einzusetzen. Die politischen Rahmenbedingungen müssten grundlegend geändert werden, um vor allem die Niederlassung in eigenen Praxen zu fördern und so das bewährte Gesundheitssystem zu erhalten. Ohne entscheidende Weichenstellungen werden viele Niedergelassene früher als geplant ihre Praxistätigkeit aufgeben. Außerdem hätte der ärztliche Nachwuchs dann kaum noch Interesse daran, in der ambulanten Versorgung zu arbeiten.

RESOLUTION

Anlässlich der Tagung der Gesundheitsministerinnen und der Gesundheitsminister der Länder in Lübeck-Travemünde fordern wir die gesundheitspolitisch Verantwortlichen im Bund und den Ländern dringend zu einem Richtungswechsel auf.

Ärzte/-innen und Psychotherapeuten/-innen wollen für ihre Patientinnen und Patienten da sein. Das erfordert Rahmenbedingungen, die die Arbeit erleichtern und eine innovative Weiterentwicklung der bewährten Strukturen der ambulanten Versorgung zulassen. Was wir nicht brauchen, sind ideologische Experimente und politische Verunsicherungen, die die Praxen der Niedergelassenen, die das Rückgrat der Gesundheitsversorgung bilden, in Frage stellen und in ihrer Existenz gefährden.

Wir fordern:

Echte Entbudgetierung ohne neue Bürokratie und ohne eine Umverteilung von Mitteln innerhalb der ambulanten Versorgung
Ein klares Bekenntnis zu inhabergeführten, freiberuflich-selbstständigen Praxen und Medizinischen Versorgungszentren, seien sie hausärztlich, fachärztlich oder psychotherapeutisch
Eine Ambulantisierung der Versorgung mit

klaren und fairen Wettbewerbsbedingungen für Kliniken und Praxen Eine Digitalisierung, die funktioniert, einen entlastenden Mehrwert hat und bei der Praxen nicht zu unfreiwilligen Software-Testern werden. Einen spürbaren Abbau der Bürokratie Alle Gesetze, seien sie noch in der Planung oder bereits im parlamentarischen Verfahren, wie das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG), das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) und das Notfall-Gesetz müssen sich daran messen lassen, welchen tatsächlichen Beitrag sie leisten, die Arzt- und Psychotherapeutenpraxen und damit das Rückgrat der gesundheitlichen Versorgung von 83 Millionen Menschen in Deutschland zu stärken.